

# ***FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN***

163. Tagung der Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien  
am 29. Oktober 2014

## **Antrag 06**

### **Gasvorratslager**

#### **Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für einen verstärkten Ausbau von Gasvorratslagern in Österreich aus.**

Wie sich erst jetzt in der Ukraine-Krise gezeigt hat, ist es nicht nur zu befürchten, dass Russland seine Erdgaslieferungen als politische Waffe einsetzt, nein, es ist bereits jetzt gängige Praxis. Mögliche alternative Lieferanten sind absehbarerweise mengenmäßig nicht ausreichend (Norwegen) oder die politischen Verhältnisse sind ähnlich unvorhersehbar wie bei Russland (Iran, Qatar, Usbekistan).

Da auch Österreich, wie übrigens auch viele andere Staaten in der EU, von den Erdgaslieferungen aus Russland abhängig ist, sollte hier eine entsprechende Vorsorge getroffen werden.

Zwar gibt es nach Meldungen der ÖMV genug Erdgasvorräte in den Gaslagern für Österreich, aber EU-weit ist das nicht der Fall. Selbst wenn Österreich jetzt einen Vorrat von Erdgas für ein Jahr auf Lager hat, ist zu befürchten, dass im Falle einer Krise die EU Österreich verpflichten könnte, auch an andere EU-Länder Erdgas aus diesen Lagern zu liefern.

Es erscheint daher sinnvoll und notwendig, die Erdgaslager in Österreich weiter auszubauen, da die geologischen Verhältnisse dazu in Österreich geeignet sind. Aufgelassene – natürliche – Gaslagerstätten könnten als großvolumige und kostengünstige Gaslager für Österreich ausgebaut werden. Eine längere Reaktionszeit im Falle einer politischen Krise würde generell die Verhandlungsposition Österreichs und der EU stärken und die Suche nach alternativen Anbietern ohne akuten Handlungsdruck ermöglichen.

Selbst wenn Österreich die Grundversorgung im Land sichern könnte, ist es sinnvoll hier auch für andere EU-Länder Vorräte anzulegen. Österreich könnte dann die Erdgasüberschussmenge am Lager, die es selbst nicht braucht, zu einem entsprechenden Preis an andere EU-Länder weitergeben, ohne die Eigenversorgung zu gefährden.